

Informationsblatt zur Datenverarbeitung und zur Schweigepflicht

Aufgrund der Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben Sie ein weitreichendes Informationsrecht zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Aufnahme und des Aufenthalts in unserer Pflegeeinrichtung/Wohnheim. Die Verarbeitung erfolgt dabei für unterschiedliche Zwecke. Nachfolgend möchten wir Sie informieren, um welche Datenverarbeitungen es sich handelt, auf welcher Rechtsgrundlage sie stattfinden und welche Rechte Ihnen zustehen.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

*REGIOMED-KLINIKEN GmbH
Neustadter Straße 61
96515 Sonneberg*

Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Alexander Bugl
Bugl & Kollegen Gesellschaft für Datenschutz und Informationssicherheit mbH
Eifelstraße 55
93057 Regensburg
E-Mail: kontakt@buglundkollegen.de

Vorab wollen wir Ihnen folgende Begriffe näher erläutern:

Datenverarbeitung:	Jede (mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren) ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten, wie das Erheben, Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung das Löschen oder die Vernichtung
Stammdaten	Allgemeine Daten zur Person, wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort sowie ggf. Daten Ihrer Vertreter und/oder ggf. Ihrer Angehörigen
Gesundheitsdaten	Daten, die sich speziell auf die Pflege und Betreuung beziehen, wie z.B. pflegerische Ist-Analysen, Einschätzungen zu besonderen pflegerischen Risiken, medizinische Informationen, Diagnosen, Arztbriefe und andere Befunde, Gewicht, Vitalwerte, Wunddokumentationen.
Abrechnungsdaten	Die Daten, die wir zur Abrechnung der erbrachten Leistungen benötigen, wie z. B. Rechnungsempfänger und Adresse, Bankverbindung, Daten zur Pflegekasse und zu weiteren Versicherungen, die in Anspruch genommenen Leistungen, der Pflegegrad, die Zugehörigkeit zur Krankenkasse, Sozialhilfeträger

A. Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung:

Bei den im Folgenden aufgeführten Verarbeitungszwecken handelt es sich um die typischen im Rahmen des Vertragsverhältnisses. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Einzelfall weitere zutreffen.

1. Datenverarbeitung zu Zwecken der Anbahnung eines Aufenthalts, zur Aufnahme und zum Vertragsabschluss und zur Erbringung der pflegerischen und betruerischen Leistungen

a) Zur Anbahnung eines Aufenthalts, zur Aufnahme und zum Vertragsschluss werden in unserer Einrichtung die Stammdaten der (zukünftigen) Bewohner bzw. ggf. auch ihrer Vertreter verarbeitet. Zudem werden Gesundheitsdaten (insbesondere der Pflegegrad) erhoben.

➤ Rechtsgrundlage: **Vertrag**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h) DSGVO

b) Zur Erbringung der pflegerischen und betruerischen Leistungen werden durch unsere (angestellten und ehrenamtlichen) Mitarbeiter und externe Anbieter Stammdaten sowie Gesundheitsdaten (hier: Pflege- und Betreuungsdaten) der Bewohner verarbeitet. Teilweise werden einzelne Teilleistungen (z.B. spezialisierte Wundpflege) auch durch externe Personen/Unternehmen übernommen, die unserer Weisung unterliegen.

➤ Rechtsgrundlagen:

(1) Erbringung der oben genannt Leistungen durch

▪ eigene Mitarbeiter:

Vertrag

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h) DSGVO

- externe Anbieter

Einwilligung

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO

- (2) bildhafte Dokumentation von Wunden, Kontraktionen, etc.

- Rechtsgrundlage

Einwilligung

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO

- c) Bestimmte pflegerische Leistungen, die von einem Arzt verschrieben wurden und von einer examinierten Altenpflegekraft, Gesundheitspflegekraft, Kinderkrankenpflegekraft oder Krankenpflegekraft durchgeführt werden (sog. medizinische Behandlungspflege) stellen medizinische Hilfeleistungen dar, die zur Sicherstellung der ärztlichen Behandlung notwendig sind. Hierunter fallen z.B. Blutdruckmessung, Blutzuckermessungen, Wundpflege, Verabreichen von Medikamenten und Behandlung eines Dekubitus. Hierbei werden Gesundheitsdaten verarbeitet.

- Rechtsgrundlage: **Vertrag**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h) DSGVO

- d) Darüber hinaus informieren sich die Pflegeeinrichtung und ärztliche Behandler (Praxen, Kliniken) sowie nichtärztliche Behandler (Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Medizinische Fußpfleger usw.) gegenseitig über ihre Feststellungen und Maßnahmen, soweit dies für eine Versorgung und Behandlung erforderlich ist. Betroffen sind hiervon Stammdaten und Gesundheitsdaten.

- Rechtsgrundlagen: in der Regel **Einwilligung**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO

in **medizinischen oder pflegerischen Notfällen** ist die wechselseitige Information ohne Einwilligung zulässig

vgl. Art. 6 Abs. 1 lit. f) i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. c) DSGVO

- e) Gegenüber den Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen besteht die gesetzliche Verpflichtung Stammdaten und Gesundheitsdaten weiterzugeben beziehungsweise bereit zu halten.

- Rechtsgrundlage: **Gesetz**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h), Ziff.3 DSGVO i.V.m.

- §§ 104 Abs. 1, 113 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung - (SGB XI),
- Art. 3 Abs. 2 Nr. 8, 6 Nr. 1, 7 Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoqG),
- § 48 Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPfleWoqG)

2. Datenverarbeitung zu Zwecken der Abrechnung

- a) Ihre abrechnungsrelevanten Stamm- und Gesundheitsdaten werden zur Erstellung der Abrechnung der von uns erbrachten Leistungen verarbeitet und an Sie bzw. Ihren gesetzlichen Vertreter / Bevollmächtigten als Rechnungsempfänger übersandt.

- Rechtsgrundlage: **Vertrag**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h) DSGVO

- b) Rechnungsempfänger sind außer Ihnen oder Ihrem gesetzlichen Vertreter/Bevollmächtigten:
- die gesetzlichen Pflegekassen für die Abrechnung der allgemeinen Pflegeleistungen bei gesetzlich Versicherten
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h), Ziff.3 DSGVO i.V.m. §§ 104 Abs. 1, 105 SGB XI
 - die gesetzlichen Krankenkassen für die Abrechnung von gesundheitlichen Versorgungsplanungen
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h), Ziff.3 DSGVO i.V.m. § 302 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch - Gesetzliche Krankenversicherung – (SGB V)
 - gegebenenfalls auch sonstige Kostenträger wie z. B. eine Beihilfestelle, eine private Pflegeversicherung, ein Versorgungsamt, die Unfallversicherung oder den Sozialhilfeträger,
 - Rechtsgrundlage: **Einwilligung**
vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO
- c) Sollten Sie am SEPA-Lastschriftverfahren teilnehmen werden Stammdaten verarbeitet, um fällig gestellte Rechnungen von Ihrem Konto einzuziehen. Die Stammdaten werden an das kontoführende Kreditinstitut zur Durchführung des Zahlungsverkehrs weitergegeben.
- Rechtsgrundlage: **Vertrag**
vgl. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO

3. Datenverarbeitung zur Wahrung von Rechtsansprüchen

Unsere Einrichtung darf Ihre Daten auch verarbeiten, wenn dies zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

- Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. f) DSGVO

Dies betrifft insbesondere die erforderliche Datenverarbeitung

- zur Beitreibung unserer offenen Forderungen (gerichtliche Geltendmachung, einschließlich Einschaltung von Rechtsberatern, gerichtlichem Mahnverfahren und Klageerhebung bei Gericht)
- zur Verteidigung gegen Schadensersatz- und Rückforderungsansprüche, die gegen uns erhoben werden, einschließlich der Einschaltung von Rechtsberatern und unserer Haftpflichtversicherung
- zur Anzeige von Straftaten, die von einem Bewohner gegenüber der Einrichtung oder ihren Mitarbeitern oder gegenüber anderen Bewohnern begangen werden, sowie zur Verteidigung gegen strafrechtliche Vorwürfe, die sich gegen die Einrichtung richten.

4. Datenverarbeitung zu Zwecken der Qualitätssicherung und -kontrolle und zur Erfüllung sozialrechtlicher Pflichten

Die Qualität der Leistungserbringung und der Abrechnung in der Einrichtung wird durch interne wie externe Prüfverfahren und Kontrollen überprüft. Auch hierfür werden personenbezogene Daten von Bewohnern verarbeitet.

- Qualitätsprüfungen durch den Medizinischen Dienst der gesetzlichen Krankenkassen (MDK) und den Prüfdienst des Verbands der privaten Krankenversicherung
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 .2 lit. i) DSGVO i.V.m. § 114 SGB XI
- Kontrollbesuche der Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA)
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. i) DSGVO i.V.m. Art. 11 PflWoqG
- Rechnungsprüfung, Controlling, Wirtschaftsprüfung durch einrichtungsinterne wie auch durch die Einrichtung beauftragte Prüfer
 - Rechtsgrundlage: **Einwilligung**
vgl. Art. 9 Abs .2 lit. a) DSGVO
- Abrechnungsprüfung und Wirtschaftlichkeitsprüfungen durch die gesetzlichen Pflegekassen
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 Abs.2 lit. h), Ziff.3 DSGVO i.V.m. § 104 SGB XI
- Abrechnungsprüfung durch die Landesverbände der Pflegekassen
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. h), Ziff.3 DSGVO i.V.m. § 79b Abs. 4 SGB XI
- Interne Qualitätssicherungsmaßnahmen
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, Art. 9 Abs. 2 lit. h), Ziff.3 DSGVO

5. Erfüllung von Meldepflichten

Eine Datenverarbeitung kann aufgrund verschiedener Meldepflichten, die unsere Einrichtung treffen, erforderlich sein.

- a) So treffen unsere Einrichtung folgende **sozialrechtliche Auskunfts- und Informationspflichten**:
- gegenüber dem Medizinischen Dienst, wenn dieser den Pflegegrad eines Bewohners in einem Pflegebegutachtungsverfahren überprüft – wir sind dann verpflichtet, die erforderlichen Auskünfte für das Gutachten zu erteilen sowie erforderliche Unterlagen vorzulegen
 - Rechtsgrundlage: **Gesetz**
vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. i) DSGVO i.V.m. § 18 Abs. 5 SGB XI

- gegenüber der gesetzlichen Pflegekasse, wenn Präventions- oder Rehabilitationsmaßnahmen erforderlich sind oder sich der Pflegebedarf geändert hat

➤ Rechtsgrundlage: **Einwilligung**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO

- b) Außerdem sind wir verpflichtet, bei nicht nur kurzfristigen Aufenthalten Ihren Ein- und Auszug in unsere Einrichtung an die **örtliche Meldebehörde** zu melden.

➤ Rechtsgrundlage: **Gesetz**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. i) DSGVO i.V.m. § 32 Bundesmeldegesetz (BMG)

- c) Wenn Sie in unserer Einrichtung versterben, muss dies dem Standesamt mitgeteilt werden.

➤ Rechtsgrundlage: **Gesetz**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. i) DSGVO i.V.m. § 30 Personenstandsgesetz (PStG)

- d) Zudem sind wir gegenüber dem Gesundheitsamt dazu verpflichtet, meldepflichtige Krankheiten unter der Angabe der Stammdaten und Gesundheitsdaten anzuzeigen.

➤ Rechtsgrundlage: **Gesetz**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. i) DSGVO i.V.m § 34 Infektionsschutzgesetz (IfSG)

6. Datenverarbeitung zu Zwecken der Kontaktaufnahme mit externen Dienstleistern und zur Organisation von Terminen

Um von Ihnen benötigte oder gewünschte Leistungen externer Dienstleister wie Reinigung, Friseur, Fußpflege etc. zu organisieren, werden Ihre Stammdaten verarbeitet, soweit dies hierfür erforderlich ist.

Für die Kontaktherstellung sowie die Termin- und Leistungsorganisation mit externen Gesundheitsdienstleistern, wie z.B. Ärzte, Kliniken, Therapeuten, medizinischen Fußpflegern, Apotheken und Sanitätshäusern werden, soweit dies erforderlich ist, Ihre Stammdaten und ggf. auch Pflege- und Betreuungsdaten verarbeitet.

➤ Rechtsgrundlage: **Einwilligung**

vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO

7. Weitere Empfänger im Rahmen einer Auftragsverarbeitung

Die von uns eingesetzte Software zur Dokumentation Ihres Aufenthaltes wird von einem externen Anbieter betreut (Aufspielen von Updates, Fernwartung etc.). In Einzelfällen kann es unter Umständen zur Problembehebung erforderlich werden, dass der externe Betreuer, unter Aufsicht eines Mitarbeiters, Einsicht in Ihre elektronischen Akten nehmen kann. Wir haben mit unseren externen Anbietern einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 DSGVO

geschlossen, der die datenschutzkonforme Verarbeitung gewährleistet. Ebenso wurde der externe Anbieter über die Schweigepflicht nach §203 Strafgesetzbuch (StGB) belehrt.

B. Erhebung der Daten:

Die erforderlichen Daten erhebt unsere Einrichtung soweit möglich bei Ihnen selbst. Teilweise erhalten wir Daten aber auch direkt von Ihren behandelnden Ärzten und Therapeuten oder von Krankenhäusern, Rehakliniken und Pflegeeinrichtungen, die Sie vor oder während Ihres Aufenthaltes betreuen. Auch von Angehörigen und Bezugspersonen erhalten wir manchmal ergänzende Informationen. Diese Daten werden bei uns im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit Ihren übrigen Daten zusammengeführt.

Sollten Sie uns Daten nicht bereitstellen bzw. bereitstellen lassen, oder erteilte Einwilligungen widerrufen, kann es zu Einschränkungen in Ihrer medizinischen und pflegerischen Versorgung kommen. Unter Umständen kann dies sogar dazu führen, dass Sie medizinisch und pflegerisch nicht versorgt werden können. Außerdem können für Sie finanzielle Nachteile (z.B. verspätete oder abgelehnte Kostenzusage eines Sozialleistungsträgers) entstehen.

c. Aufbewahrungsdauer:

Die Dauer der Aufbewahrung richtet sich nach verschiedensten Rechtsgrundlagen, die unterschiedliche Aufbewahrungsfristen vorsehen. So sind u.a. aus Gründen der Beweissicherung in Haftungsfällen, der Abrechnung und Sicherung unserer Ansprüche sowie den Vorgaben der ordnungsgemäßen Buchführung unterschiedliche Fristen maßgebend. Die Aufbewahrungsfrist beginnen mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die letzte Eintragung in die Dokumentation gemacht wurde.

So beträgt nach § 48 Abs. 3 AVPfleWoqG i. V. m. § 257 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) die Aufbewahrungsfrist für Unterlagen die zu Abrechnungszwecken, sowie für wirtschaftliche und steuerliche Angelegenheiten erforderlich sind, 10 Jahre. Bei allen übrigen Unterlagen 6 Jahre.

Nach § 199 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) verjähren Verletzungen an Leib, Leben, Gesundheit, und Freiheit erst nach 30 Jahren. In Einzelfällen werden daher Bewohnerakten und Dokumentationen die hierzu Angaben enthalten bis zu 30 Jahren aufbewahrt.

D. Hinweis auf die berufliche Schweigepflicht:

Ihre Daten werden von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Die mit der Datenverarbeitung befassten Mitarbeiter unterliegen – vergleichbar zu einem Arzt – entweder bereits kraft Gesetzes oder kraft einer Verpflichtung durch den Arbeitgeber einer beruflichen Schweigepflicht. Wird diese Schweigepflicht verletzt, zieht dies unter Umständen eine Strafbarkeit nach § 203 Strafgesetzbuch nach sich. Ebenso sind die Mitarbeiter auf die datenschutzrechtliche Vertraulichkeit verpflichtet.

E. Betroffenenrechte

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Sie ergeben sich aus der DSGVO.

Recht auf Auskunft	Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Auskunft darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie das Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und damit im Zusammenhang stehende weitergehende Informationen.
Recht auf Berichtigung	Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.
Recht auf Löschung	Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern kein Ausnahmetatbestand eingreift.
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung (ehemals: Sperre) Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn eine der Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO gegeben ist und kein Ausnahmetatbestand eingreift.
Recht auf Datenübertragbarkeit	Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie haben das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die weiteren Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO gegeben sind und kein Ausnahmetatbestand eingreift.
Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art 6 Absatz 1 lit. (e) oder (f) DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen.
Recht auf Widerruf der Einwilligung	Sie haben das Recht die ggf. von Ihnen erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.
Ausübung des Widerspruchs- und Widerrufsrechts	Sie haben ggf. das Recht, der Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen (s. o.). Zudem haben Sie das Recht, eine an uns erteilte Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. In diesem Fall werden wir die weitere Verarbeitung Ihrer Daten zu diesem Zweck unverzüglich unterlassen.

	Einen Widerspruch oder Widerruf können Sie jederzeit ohne Angabe von Gründen formlos per Post oder Email an uns übermitteln.
Beschwerderecht bei der Behörde	Sollten Sie der Auffassung sein, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten durch uns rechtswidrig ist oder wir ggf. aus anderen Gründen gegen Datenschutzrecht verstoßen, können Sie sich bei der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde beschweren.